

Wir tun was

Die Marburger SPD-Fraktion · Mai/Juni 2008

Gut alt werden in Marburg

Politik mit und für ältere Menschen ist gute sozialdemokratische Tradition. SPD-geführte Kommunen waren in Hessen die Vorreiter in der Entwicklung eigenständiger Ansätze kommunaler Altenpolitik, von den Altenclubs in den Stadtteilen über die aktive Integration in bestehende Angebote bis hin zum offiziell installierten Seniorenbeirat. Dies gilt auch für Marburg.

Die wachsende Zahl alter und sehr alter Menschen stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen. Es geht dabei zum einen um die Menschen, die Hilfestellungen bis hin zu einer angemessenen Pflegeversorgung benötigen und zum anderen weiterhin auch um die Möglichkeiten der Beteiligung älterer Menschen an den gesellschaftlichen Angeboten – und das Nutzen ihrer Potentiale!

In Marburg hat die rot-grüne Koalition ein „Konzept für eine Kommunale Altenplanung“ beschlossen und allein für Projekte in diesem Bereich unter dem Stichwort „Alt werden in Marburg“ seit 2007 auch zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 Euro zur Verfügung gestellt. Der vom Fachdienst Soziales organisierte Workshop „Kommunale Altenplanung“ am 22. April hat noch mal verdeutlicht, wie wichtig dieses Thema geworden ist und viele neue Impulse gebracht, die in die weitere politische Diskussion eingehen werden.

Zentrales Thema ist das Wohnen im Alter. Die meisten älteren Menschen möchten dauerhaft selbstständig in ihren eigenen Wohnungen leben. Das ist zu unterstützen. Dazu sind Angebote ambu-

lanter Hilfe und Dienstleistungen, seniorengerechter Umbaumöglichkeiten und (kostengünstigen) barrierefreien Wohnens, auch dezentral in den Stadtteilen, notwendig. Zur Versorgung pflegebedürftiger Menschen steht an erster Stelle der Ausbau des ambulanten und teilstationären Bereichs (also Tages- und Kurzzeitpflege). Stationäre Plätze haben wir bereits in ausreichender Zahl in Marburg, in einer gewachsenen Struktur – an dieser Stelle steht eine qualitative Weiterentwicklung an, keine quantitative Ausweitung. Zu unterstützen sind natürlich auch die vielfältigen und kreativen Ansätze der Selbsthilfe und der gegenseitigen Hilfe von Älteren für Ältere oder auch generationenübergreifend. Wichtig ist auch ein gutes und klares Beratungsangebot, mit dem ältere Menschen, aber auch ihre Angehörigen, ohne große Probleme Kenntnis und Überblick über die verschiedenen Hilfemöglichkeiten gewinnen können.

Mit der „Marburger Altenhilfe“ hat die Stadt Marburg – heutzutage durchaus ungewöhnlich – auch eine eigene Einrichtung, die in der Altenpflege tätig ist. Bei der qualitativen Weiterentwicklung des Pflege-



angebotes in Marburg muss unsere eigene Einrichtung Vorbild sein.

Die wachsende Zahl hochbetagter Menschen macht das Feld der Pflege, inzwischen ein „privatisierter Markt“, natürlich auch attraktiv für Investoren und überregional agierende „Pflegeketten“. Die Diskussion um eine geplante neue große stationäre Pflegeeinrichtung im Stadtwald hat deutlich werden lassen, dass Marburg – trotz seiner ausreichend vorhandenen Pflegeplätze – von solchen Ansinnen nicht grundsätzlich verschont bleiben wird. Von daher ist es wichtig, dass von Seiten der Stadt deutlich formuliert wird, was wir unseren älteren MitbürgerInnen in Marburg bieten möchten: möglichst lange selbständig Leben mit vorrangig ambulanten Hilfestellungen, Wahlfreiheit durch eine breite Angebotspalette, dezentrale Versorgung in gewohntem Umfeld, Verzicht auf stationäre Großeinrichtungen – ganz im Sinne des Untertitels, den der Seniorenbeirat seinem Positionspapier gegeben hat: „So selbständig wie möglich – mit so viel Hilfe wie nötig“.

*Uli Severin
Sozialpolitischer Sprecher
der Marburger SPD-Fraktion*

Die Realität: Deutschland ist ein Einwanderungsland



Die BRD ist seit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 auch offiziell ein Einwanderungsland und wird dies auch in Zukunft wegen des demographischen Wandels und des Facharbeitermangels auf dem Arbeitsmarkt sein.

Deutsche und Einwanderer müssen aktiv aufeinander zugehen und sich füreinander interessieren. Dieses aufeinander Zugehen ist auf kommunaler Ebene am effektivsten und stellt uns alle vor neue Herausforderungen.

In der Stadt Marburg gibt es viele Aktivitäten von MigrantInnen. Das ist gut so! Denn dies zeigt, dass man sich hier heimisch fühlt und in der neuen Gesellschaft angekommen ist. Vor allem am Richtsberg gibt es Vereine, die die Integration und das Zusammenleben fördern, wie zum Beispiel das „Netzwerk Richtsberg“. Viele Feste, Veranstaltungen, Koch- und Sprachkurse und Gesprächsrunden finden hier statt. So wird etwa das internationale Suppenfest jährlich von über 600 Gästen besucht und ist zu einem Highlight in Marburg geworden.

Unsere Ansprüche an die Migranten sind hoch, aber auch wir müssen ihren Mindestansprüchen gerecht werden. Integration ist mehr als tolerante Duldung oder Assimilation. Sie ist Beziehungsarbeit auf Augenhöhe und muss daher auch die Kultur und die Religion der Menschen respektieren.

Im Frühjahr 2007 gab es eine Diskussion um eine muslimische Religionsgemeinschaft, die ihre jetzige Raumsituation verbessern wollte. Seitens der CDU wurden viele unsachliche Vorwürfe laut. Leider trug diese öffentliche Diskussion dazu bei, dass sich der

neue Standort für die Muslime nicht mehr realisieren ließ. Debatten um die Einrichtung von Moscheen werden derzeit in vielen deutschen Städten geführt, wir möchten sie mit Erfolg abschließen.

Die Marburger Gespräche zu einer Integrationsvereinbarung sind ein lokaler Ansatz und auf einem guten Weg. Sie sollen noch vor der Sommerpause Ergebnisse bringen, die den politischen Parteien vorgelegt werden. Vertreter der Kirchen, der Stadt, des Ausländerbeirates und der islamischen Vereine erarbeiten hier einen gemeinsamen Entwurf. Dieser sollte mit der gleichen Pietät und dem Respekt behandelt werden wie auch andere Vereinbarungen, die auf den Menschenrechten und der Religionsfreiheit fußen. Es besteht noch viel Aufklärungs-, Wissens- und Kennenlernbedarf, doch sollte man diese Vereinbarung als Chance und Vorbild nehmen um den Dialog zu pflegen und den Marburger Muslimen zu helfen, einen Ort in Marburg zu finden, wo sie den ihnen verfassungsgemäß zugesicherten Rechten und Pflichten nachkommen können.

Wir hoffen, dass die Integrität und der Wille zur Integration der muslimischen Gemeinschaft in Marburg nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Hier sind alle aufgefordert, objektiv und konstruktiv mitzuarbeiten.

Schaker Hussein,
Mitglied im Kultur-
und Schulausschuss



Frankfurter Straße 47 • 35037 Marburg • Tel: 064 21/1 69 90-14 • Fax: 1 69 90 18
<http://www.spd-marburg.de> • E-mail: spd-fraktion-marburg@t-online.de

WIR LEGEN WERT AUF IHRE MEINUNG!
Rufen Sie uns einfach an oder nutzen Sie den untenstehenden Coupon.

Absender

.....
.....
.....
.....

Ich möchte

- ein Gespräch mit meiner/meinem Stadtverordneten und bitte um Terminabsprache
- Informationsmaterial zur Kommunalpolitik
- Mitglied der SPD werden
- Ihnen meine Meinung sagen

.....
.....
.....
.....
.....
.....

Die Marburger SPD-Fraktion
Frankfurter Straße 47

35037 Marburg